

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Teleg. Adressen:
Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher:
Schneeberg 51.
Aue 25.
Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustadt, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildensels.

Nr. 13

Der "Erzgeb. Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Wenn nicht vierzähliges 1 Kost 80 Pf. Zweierteile werden von geschlossener Seite mit 10 Pf., im östlichen Teil die geschlossene Seite mit 80 Pf., während die 8 geöffnete Seite mit 25 Pf. berechnet; tabellarischer, außergewöhnlicher Satz nach erhöhtem Tarif.

Sonntag, 17. Januar 1897.

Vor-Satzungsliste Nr. 2112.

50.

Jahrgang.

Der erste diesjährige Bezirkstag wird in öffentlicher Sitzung
Sonnabend, den 30. Januar I. J.,
von Vormittag 12 Uhr an

im Sitzungssaale der unterzeichneten Behörde abgehalten werden.

Schwarzenberg, am 16. Januar 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Freiherr von Wirsing.

Zwangsvorsteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen des Schlossers Friedrich Hermann in Markersbach eingetragene Grundstück, ein Wohnhaus mit Scheune und Garten, Folium 26 des Grundbuchs für Markersbach, Nr. 27 im Brandkataster, Nr. 67 a b c, 69 des Flurbuchs für Markersbach, mit 43,7 Steuerinheiten belegt, geschätzt auf 4000 M. — Pf., soll im hiesigen Amtsgerichte Abh. B zwangsläufig versteigert werden und es ist

der 18. Februar 1897,

Vormittags 9 Uhr
als Anmeldetermin,
ferner

der 4. März 1897,
Vormittags 9 Uhr
als Versteigerungstermin,

der 13. März 1897,
Vormittags 9 Uhr
als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans

anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf dem Grundstück lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Anmeldetermine anzumelden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstück liegenden Ansprüche und ihres Stangerhältnisses kann nach dem Anmeldetermine in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Schwarzenberg, am 12. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

v. Weber. Deser.

Bersteigerung.

Auf Antrag der Erben des verstorbenen Gasthofsbesitzers Richard Emil Günther in Lößnig sollen die zum Nachlaß desselben gehörigen Grundstücke, als:

1. Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Fol. 652 des Grundbuchs für Lößnig, Nr. 184a, 184b, 189c Abh. B des Flurbuchs, zur Brandversicherung mit 9190 M. eingeschätzt,
2. Scheune und Wiese, Fol. 653 des Grundbuchs für Lößnig, Nr. 135 Abh. B des Flurbuchs, 160 M. groß, mit 21,5 Steuerinheiten belegt,
3. Wiese, Fol. 648 des Grundbuchs für Lößnig, Nr. 129a Abh. B des Flurbuchs, 133 M. groß, mit 12,10 Steuerinheiten belegt,
4. Feld und Wiese, Fol. 631 des Grundbuchs für Lößnig, Nr. 38, 39 Abh. B des Flurbuchs, 1 Ader 45 M. groß, mit 7,70 Steuerinheiten belegt,
5. Wiese, Fol. 1438 des Grundbuchs für Lößnig, Nr. 128 Abh. B des Flurbuchs, 129 M. groß, mit 8,00 Steuerinheiten belegt,
6. Feld und Wiese, Fol. 107 des Grundbuchs für Niederhofalter, Nr. 292a, 294, 295 des Flurbuchs, 5 Ader 24 M. groß, mit 47,10 Steuerinheiten belegt,

im Günther'schen Wohngebäude

a m 25. Januar 1897

Vormittags halb 11 Uhr

versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen sind aus den an hiesiger Gerichtsstelle und im Nachlaßgrundstücke ausdrücklichen Anschlägen zu ersehen.

Im Anschluß an die Grundstückversteigerung wird auch der Günther'sche MobilienNachlaß, unter Anderem Viehstücke, landwirtschaftliches und gastronomisches Inventar, Futtervorräthe, versteigert werden.

Lößnig, am 14. Januar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Lechla. H.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

In der Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats im Reichstag wurde gestern noch einmal auf den Staatsbeitrag: "Gehalt des Staatssekretärs" zurückgegriffen, indem der königlich sächsische Bundesrats-Beschluß, die Regierungsrath Dr. Fischer, die vorgestrige Angriff des sozialdemokratischen Abg. Dr. Schoenlank auf die Handhabung des sächsischen Vereinigefechts gegenüber den Sozialdemokraten zurückwies. Die sächsischen Richter seien ebenso intakt und unbeeinflußt von oben, wie überall sonst im Deutschen Reich. Wenn das Vereinigefecht mehr gegen die Sozialdemokraten als gegen andere Parteien angewendet werde, so liege das lediglich daran, daß die Sozialdemokraten sich häufiger Verstöße gegen das Gesetz zu Schulden kommen ließen. Abg. Dr. Schoenlank suchte seine Behauptung aufrecht zu halten und sein Fraktionsgenossen Stolle bemühte sich, die Reihe der Einzelfälle, auf die sich der Abg. Dr. Schoenlank bereits bezogen hatte, noch zu verlängern. Der sächsische Ministerpräsident v. Meissel selbst hätte erklärt, es liege in den Intentionen der Regierung, daß die Gesetze gegen die Sozialdemokraten schärfer gehandhabt würden, als gegen andere Parteien, und die Polizeibehörden könnten diesen Intentionen in ausgiebiger Weise nach. Nachdem die Maßnahmen

der sächsischen Regierung es fertig gebracht, die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem sächsischen Landtage zu verbannen, würden die Sozialdemokraten den Reichstag als den Boden betrachten, um ihr Recht zu vertheidigen. Geh. Reg.-Rath Dr. Fischer erklärte es für eine Unwahrheit, daß der sächsische Ministerpräsident jemals eine Sonderauslegung des Vereinigefechts gegenüber den Sozialdemokraten befürwortet habe. Der Abg. Stolle bemerkte demgegenüber, daß sich der Auspruch der sächsischen Ministerpräsidenten auf die Handhabung der Gesetze bezogen habe. Damit war dieser Zwischenfall abgethan, und die Debatte kehrte zum Titat zurück, wo beim Titel "Reichsgefürthtsamt" von verschiedenen Seiten Schutzmaßregeln für die Arbeiter in Stoffausrüstungen verlangt wurden. Der Direktor des Reichsgefürthtsamts Koehler konnte den ungebührlichen Stürmern und Drängern die tröstliche Versicherung geben, daß die verbündeten Regierungen sich schon seit lange mit der Frage des wirtschaftlichen Schutzes dieser Arbeiter beschäftigen; augenblicklich sei man aber noch mittin im Erwarten. Verlangt wurde ferner eine einheitliche, durchgreifende Kontrolle der Nachzugsmittel, und Herr Langenhans nahm die Gelegenheit wahr, die interessante Mitteilung zu machen, daß er als Arzt sich unter der Gewerbeordnung durchaus wohl befindne, und daß er "persönlich" nach einem Ehrengericht für Aerzte absolut kein Verlangen trage. Da nun weiß dies das Reich und mag sich danach richten! Der

Titel "Reichsversicherungsamt" wurde auf Antrag des Centrums an die Kommission zurückgewiesen. Beim Titel "Kanalamt" trat der Abg. Hahn für den Schutz der deutschen Küstenschiffahrt gegen die dänische und holländische Konkurrenz ein und verlangte eine Wänderung der Segelordnung zu Gunsten der Hochseefischerei. Über die Unterblau der Kanal-Verwaltung wurden natürlich auch mancherlei Klagen laut; man verlangte vor Allem eine billigere Verwaltung, und gegen diese Stimmung half es nichts, daß Herr v. Boetticher mit schönen, großen Kanalphotographien das Wohlwollen der Volksvertreter für den neuen Kanal einzufangen versucht. Man beschloß sich die Bilder und blieb bei den Klagen. Nach weiteren Ausführungen über diesen Punkt wurde das Capitel schließlich genehmigt. Das Haus vertagte sich hierauf. Schluss der Versammlung 5½ Uhr. Montag 1 Uhr: Schwerinstag; Petitionen und Initiativvorlagen.

Berlin, 15. Jan. Die Budgetcommission des Reichstags bewilligte die ersten 32 Titel des Extraordinariums des Hauses, darunter die ersten Raten für Neubauten von Postgrundstücken in Dresden.

Berlin, 15. Jan. Dem gestrigen Kaiser-Kontress der Vereine deutscher Studenten wohnte auch der württembergische Gesandte Dr. v. Barnabé bei. Vom Fürsten Bismarck ging ein Danktelegramm für die gesandte Huldigungsbegleite ein.

Königliche Strafen- und Wasserbauinspektion.
A. Ringel.

Königliche Bauverwaltung.
Böhmer.

Schneeberg. Wasserzins und Hundesteuer.

Die Wasserzinsen pr. 1. Term. 1897 und die Hundesteuer auf das Jahr 1897 sind längstens bis 30. Januar 1897 an unsere Stadtasse zu bezahlen.
Schneeberg, am 16. Januar 1897.

Der Stadtrath.
Dr. von Woydt. Rosenfeld.

Bürgerschule zu Schneeberg.

Die Anmeldung der Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder soll für die I. Bürgerschule Donnerstag, den 21. d. M., vorm. 10—12 Uhr,
II. " 21. " " nachm. 2—5
III. " Freitag, 22. " " 2—5

im Zimmer Nr. 5 des Bürgerschulgebäudes IA stattfinden.

Schulpflichtig werden alle Kinder, die bis Ostern das 6. Lebensjahr erreichen; auf Wunsch der Eltern können jedoch auch Kinder aufgenommen werden, die bis zum 30. Juni das 6. Lebensjahr erreichen.

Bei der Anmeldung ist für alle Kinder der Impfchein, für auswärts geborene auch die Geburtsurkunde und der Taufchein vorzulegen.

Nach § 10 der Volksschulordnung ist die Anmeldung durch die Eltern oder Pfleger — nicht durch Schulkinder — zu bewirken.

Schneeberg, den 7. Januar 1897.

Die Schuldirektion.
Bang.

Holz-Versteigerung auf dem Staatsforstrevier Eibenstock.

Donnerstag, den 21. Januar 1897

von vorm. 1/2 Uhr an

kommen in "Hendels Hotel" in Schönheidehammer folgende in den Abh. 2, 27, 33, 34 und 71 (Kohlschläge), 3, 4, 16, 27, 37, 38, 45, 48, 50, 51, 56, 66 und 73, (Durchforstungen und Einzelholzer) aufbereitete Nutz- und Brennholzer, und zwar:

82 harte Röhrer von 8—55 cm Oberfläche,	
4686 weiche : : 8—15 :	3,0, 3,5 und 4,0 m
4652 : : 16—22 : :	lang,
2518 : : 28—29 : :	
761 : : 30—36 : :	
184 : : 37—71 : :	
12 Rm. sichtene Nutzküppel	
7½ : : harte, 271 Rm. weiche Brennholze	
92½ : : Nutzküppel	
11½ : : 297½ : : Aeste	
1119 : : weiches Streureisig	

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen zur Versteigerung.
Königliche Forstrevierverwaltung und Königliches Forstamt

Eibenstock, am 15. Januar 1897.

Gerlach.

Nutzholtz-Versteigerung.

Im Bezirk der Straßen- und Wasserbauinspektion Schwarzenberg sollen

Mittwoch, den 20. Januar dss. J.,

von vorm. 1/2 Uhr an,

im Restaurant zur goldenen Höhe in Griesbach

20 Stück Ahorne und Eschen

von 3,0—5,5 m Stammlänge und 0,27—0,49 m Mittelflärke, zwischen Station 1,9 und 2,1 der Schwarzenberg-Zwickauer Straße anstehend, in einzelnen Posten von je 1 bis 5 Stück gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher im Versteigerungsort bekannt zu gebenden Bedingungen an Ort und Stelle meistbietend versteigert werden, wozu Erreichungslustige hierdurch eingeladen werden.

Schwarzenberg, am 11. Januar 1897.

Königliche Strafen- und Wasserbauinspektion.

Königliche Bauverwaltung.
Böhmer.